

Das Ende der DDR

Über die Ursachen und Gründe der Implosion eines Sozialismus-Modells

von | Hans Modrow

Die jüngsten Diskussionen um einen »Sozialismus im 21. Jahrhundert« sowie um die Gründe seines Scheiterns im zurückliegenden Jahrhundert werden vor dem Hintergrund einer nach wie vor fehlenden Gesamtdeutung und übergreifenden Einordnung des staatssozialistischen Entwicklungsweges in das »kurze 20. Jahrhundert« geführt. Es gibt innerhalb der politischen Linken keine strömungsübergreifende, einigermaßen konsensuell akzeptierte Interpretation dieses Sozialismusversuches, seiner zentralen Charakteristika und Fehlkonstruktionen sowie der Gründe, aus denen er letztlich implodierte. Aber »das Verhältnis zur Geschichte widerspiegelt immer auch die Einstellung zur Zukunft. Eben deshalb sollten wir uns zur Legitimität der Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsformationen im 20. Jahrhundert bekennen, darunter auf deutschem Boden, so unvollkommen und mit Fehlern belastet die Entwicklung der DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz bis zu ihrem Zusammenbruch auch war.« (Ältestenrat DIE LINKE zur Programmdebatte) Hans Modrows Skizze des Scheiterns des Realsozialismus in der DDR versteht sich in diesem Sinne als Beitrag zu einer modernen Sozialismuskonzeption.



Hans Modrow (2.v.l.), Wolfgang Berghofer (rechts, Mitte), Dresden, 23.10.1989 (Foto: dpa)

Um das Ende der DDR verstehen zu können, ist im Folgenden ein kurzer Rückblick in die Geschichte der Partei und des sozialistischen Staates erforderlich:

Zwischen sowjetischem Sozialismus-Modell und »Neuem Ökonomischen System«

Die SED wurde 1946 als Partei gegründet und ging aus der KPD und der SPD hervor. Sie vereinte bei ihrer Gründung etwa 1,4 Millionen Mitglieder und wuchs bis 1989 auf 2,3 Millionen. Als Vorbilder nannte sie Marx und Engels und bekannte sich zum Marxismus. Ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus erfolgte erst auf dem III. Parteitag 1950 bzw. in mancher Hinsicht auf der 1. Parteikonferenz der SED 1949. Das geschah mit der Formel, dass sich die SED zu einer Partei neuen Typus entwickeln muss. Paritätische Parteivorsitzende der SED waren zunächst von 1946 bis 1954 Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. *Walter Ulbricht* wurde 1949 zum Generalsekretär des Parteivorstands berufen und war dann von 1953 bis 1971 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED. *Erich Honecker* war von 1971 bis 1976 1. Sekretär des ZK der SED, ab 1976 bis 1989 Generalsekretär. Im Oktober 1989 wurde Egon Krenz gewählt und blieb Generalsekretär für acht Wochen, nachdem er zuvor 14 Jahre dem Politbüro angehört hatte. Die DDR wurde als zweiter deutscher Staat im Oktober 1949 gegründet. Sie entstand in der sowjetischen Besatzungszone mit Zustimmung der Sowjetunion und wurde nach deren Sozialismus-Modell gestaltet.

Als Walter Ulbricht in den 1960er Jahren eigenständige Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln wollte, fiel er in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bei der sowjetischen Führung um Breshnew in Ungnade. Zu den damals angestrebten Neuerungen gehörten ein *Neues Ökonomisches System* (NÖS) für Wirtschaft und Planung mit entwicklungsfähigen Elementen:

- hohe Eigenverantwortung der Betriebe
- Auf- und Ausbau des genossenschaftlichen Eigentums in Landwirtschaft, Handwerk und Wohnungswirtschaft sowie die Entfaltung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- Wachsende Mitbestimmung in den Betrieben
- Gründung halbstaatlicher Betriebe, d.h. von Betrieben mit privatem und staatlichem Anteil

Damit sollte die Überzentralisierung von Planung und Leitung eingeschränkt und nach Formen moderner Wirtschaftsführung gesucht werden. In der Führung der SED waren damals *Günter Mittag*, als Sekretär für Wirtschaftsfragen, und *Erich Apel*, Vorsitzender der Plankommission, Ulbrichts Partner. Am 3. Dezember 1965 verübte Erich Apel Selbstmord. Welche persönlichen Probleme eine Rolle gespielt haben können, ist immer offen geblieben. Zwei politische Konflikte gab es in dieser Phase. Am 1. Dezember war Erich Apel im Politbüro mit seinem Vorschlag für den Volkswirtschaftsplan gescheitert und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR befanden sich wegen erheblicher Unstimmigkeiten über gegenseitige Wirtschaftslieferungen in einer Krise. Damit schied einer der wichtigsten Träger des NÖS aus. Als Günter Mittag



Ende der 1960er Jahre die tiefen Konflikte zwischen Honecker und Ulbricht erkannte, stellte er sich erst intern gegen Ulbrichts Initiativen und ging dann offen auf die Seite Honeckers über. Damit wahrte er seine Chance, auch unter dem neuen Generalsekretär in der Führung zu verbleiben.

Ob und inwieweit das NÖS reale Schritte für eine höhere Effizienz der sozialistischen Volkswirtschaft gebracht hätte, muss offen bleiben. Das Experiment wurde zu frühzeitig abgebrochen. Zugleich gehört es aber zu den Erfahrungen sozialistischer Bestrebungen in der DDR, die Beachtung finden sollten. Angesichts der genannten Entwicklung stellte sich Erich Honecker dann auf die Seite Breshnews und Walter Ulbricht wurde von Moskau aus zum Rücktritt aufgefordert. Ulbricht hatte sich auch für soziale Leistungen eingesetzt, in einem Umfang, der ökonomisch zu tragen war. Aber Ulbricht war durch Honecker im Politbüro isoliert worden und beugte sich der sowjetischen Aufforderung zum Rücktritt.

Als Erich Honecker die Verantwortung übernahm, wurde wieder konsequent dem sowjetischen Staats- und Wirtschaftsmodell gefolgt. Halbstaatliche Betriebe wurden voll verstaatlicht, die Zentralisierung wurde gestärkt und es wurden größere soziale Leistungen gewährt. Honecker und Mittag erklärten Anfang der 1970er Jahre die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zur Gesellschaftsstrategie, ohne dafür eine fundierte theoretische Grundlage zu besitzen. Sie verfolgten eine pragmatische Politik, deren anfänglich soziale Verbesserungen volkswirtschaftlich aber nicht gedeckt waren. An die Stelle einer strategischen Führung der Volkswirtschaft traten ständige operative Entscheidungen, die bei gleichzeitiger zentralistischer Leitung Disproportionen in der Produktion und Versorgungsmängel eher verstärkten als behoben. Das zentralisierte System der volkswirtschaftlichen Planung in der DDR verhinderte Flexibilität und Eigeninitiative der Wirtschaftseinheiten. Daran änderte auch die fast vollständige Gliederung der DDR-Industrie in Kombinate mit einer herausgehobenen Stellung ihrer Generaldirektoren nur wenig.

Nach einer Phase der Zustimmung zur Politik Erich Hone-

ckers wuchs Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eine Distanz zu der Partei und eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Dabei wirkten mehrere Faktoren:

- die DDR musste größere Kredite im Westen aufnehmen und die BRD gewährte 1982 1 Milliarde DM und später eine weitere Milliarde. Es entstand eine Abhängigkeit.
- die Existenz des zweiten deutschen Staates wirkte sich nach 1980 wieder stärker aus. Das schwächer werdende Vertrauen in die Politik der DDR äußerte sich in bis zu 35.000 Ausreisen jährlich.
- die Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion kamen nicht mit dem vereinbarten kontinuierlichen Zuwachs und wurden instabil.
- die Akkumulation gesellschaftlicher Erfordernisse wuchs rasch, die wirtschaftliche aber stagnierte und ging zum Teil zurück. Es reichte nicht mehr zur Reproduktion in Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Parteiführung analysierte diese Entwicklung nicht und reagierte auch nicht angemessen auf die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die auch einen großen Teil der Parteimitglieder erfasste. Stattdessen wurde in Presse, Rundfunk und Fernsehen nur von Erfolgen gesprochen, die es im beschriebenen Umfang nicht mehr gab. Diese Medienpolitik rief folglich in der Bevölkerung eine besonders starke Ablehnung hervor.

Die 1970er Jahre: Zwischen Entspannung und Block-Konfrontation

Mit den 1970er Jahren ist eine Zäsur in Europa verbunden. Die DDR wurde nach dem Abkommen über Westberlin bis 1973 weltweit diplomatisch anerkannt. Die Hallstein-Doktrin (Alleinvertretungsanspruch der BRD) war damit gescheitert. Im Juni 1973 beginnen in Helsinki die Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE-Prozess). Im August 1975 unterzeichnen dort die Staats- und Regierungschefs aller europäischen Staaten (außer Albanien) sowie der USA und Kanada die »Schlussakte von Helsinki«. Die beiden deutschen Staaten sind gleichberechtigte Teilnehmer. Die Staaten des Warschauer Vertrages und des RGW sehen in der Schlussakte vor allem ihren Erfolg, obwohl sich mit der Anerkennung der individuellen Menschenrechte die inneren Konflikte in den staatssozialistischen Gesellschaften selbst verschärfen mussten.

Die europäische Sozialdemokratie hat am Ende dieses »goldenen Nachkriegszeitalters« (Eric Hobsbawm) mit Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme Politiker mit großer Ausstrahlung. Es beginnt eine Zeit der Kooperation. Aber schon Ende der 1970er Jahre führen die Gegensätze zwischen den beiden Blöcken wieder zu stärkerer Konfrontation. Trotz der Gespräche Brandts mit Brezhnev bleibt in Moskau und Berlin die Distanz zur Sozialdemokratie. Erst in den 1980er Jahren führen SED und SPD Gespräche. Manche Chancen bleiben ungenutzt. Insgesamt geht die politische Offensive bald nach Helsinki auf die westliche Seite über. Auch in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kommt es nicht

zu Gesprächen und Verhandlungen, die zu einer Entspannung, auch an der Grenze zwischen beiden Staaten, hätten führen können. Beide Seiten haben die Chancen nicht hinreichend ausgelotet und genutzt.

Die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« und ihre Widersprüche

Die auf dem 8. Parteitag der SED 1971 formulierte Orientierung auf »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« löste zunächst vor allem große Erwartungen in der Partei und der Bevölkerung aus. Die dafür notwendige Dynamik in der Volkswirtschaft und auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts allerdings wurde nicht erreicht. Die Sozialleistungen stellten sich als Geschenk des Staates dar. Sie wirkten nicht als Leistungsansporn in den Betrieben. Als Leistungsansporn wären Faktoren direkt am Arbeitsplatz, u.a. effektivere Arbeitsorganisation und größere Autonomie, ausschlaggebend gewesen. Dies wurde nicht zuletzt durch ein Übermaß zentraler Vorgaben behindert. Die Erfahrungen zeigen, dass hohe Leistungsbereitschaft erst durch entsprechende Bedingungen entsteht, unter denen die Mittel für soziale Leistungen von allen Berufstätigen erarbeitet werden können.

Obwohl die DDR bei der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unter den sozialistischen Ländern Europas den vordersten Platz einnahm, hatten die High-Tech-Embargobestimmungen des Westens eine stark bremsende Wirkung. Die DDR war wie alle sozialistischen Länder von der internationalen Arbeitsteilung ausgegrenzt. Die Integrationspolitik im RGW war vor allem auf Arbeitsteilung in der Produktion und auf spezialisierten Warenaustausch gerichtet. Für ein Land ohne eigene Rohstoffe erwies sich z.B. der Schiffsbau mit gewaltigem Stahleinsatz für die DDR als ungünstig. Erzeugnisse der Mikroelektronik mit hoher wissenschaftlicher und fachlicher Leistung und geringem Materialeinsatz hätten mehr der Schwerpunkt sein müssen.

Der Schritt in eine moderne Wirtschaft mit wachsendem Anteil des Dienstleistungsbereiches für eine vielseitige Versorgung der Bevölkerung einschließlich Tourismus wurde vernachlässigt. Wie Erfahrungen zeigen, hätten gerade in diesem Bereich Formen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft auch unter sozialistischen Verhältnissen einen wichtigen Platz einnehmen müssen.

Die DDR hatte im Außenhandel gegenüber sozialistischen Ländern zum Teil Guthaben, war gegenüber kapitalistischen Ländern jedoch verschuldet. Ein beachtlicher Teil sozialer Verbesserungen basierte auf dieser Verschuldung, die Rückzahlungen mit wachsenden Zinsen erforderte. Selbst im Politbüro

Hans Modrow (Jg. 1928) war führender SED-Politiker in der DDR. Er war von November 1989 bis März 1990 Vorsitzender des Ministerrates der DDR und später Ehrevorsitzender der PDS. Seit 2007 ist er Vorsitzender des Ältestenrats der LINKEN. In Sozialismus 1/2008 veröffentlichte er (zusammen mit Joachim Bischoff) »Zukunft: Mitte-Links-Bündnis? Zur Strategie und Programmatik der LINKEN«. Vgl. auch: »Zum Fortgang der Programmdebatte. Angebot des Ältestenrates von DIE LINKE« (Sozialismus 4/200). Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag vor dem ZK der KP Kubas im Rahmen eines Kuba-Besuches auf Einladung des ZK der KPC.

wurde dieses Problem nicht erörtert. Es wurde erst im Herbst 1989 sichtbar und belastete alle Bemühungen um Stabilität.

Der 8. Parteitag (1971) sollte einen neuen Stil der Führung in der Partei bringen. Kurzzeitig gab es dafür auch Anzeichen. Im ZK wurden zunächst notwendige zentrale Entscheidungen, zum Beispiel über den Wohnungsbau, beraten. Bald aber tagte das ZK nur noch zweimal im Jahr, nahm einen 4- bis 5-stündigen Bericht des Politbüros entgegen und äußerte sich zum nächsten Volkswirtschaftsplan. Die Doppelstrukturen zwischen den Apparaten des Staates und der Partei brachten einen Bürokratismus hervor, der jeweils eigenständiges Arbeiten zu politischen Orientierungen und konkreten Sachfragen gebremst und nicht gefördert hat.

»Öffentlichkeit und Erfahrung« im Sozialismus – vertane Chancen

Der 8. Parteitag gab die Orientierung aus, dass es in Kunst und Literatur keine Tabus mehr geben sollte und im Fernsehen ein vielfältiges Angebot mit politischem Dialog, klassischer und sozialistischer Dramatik sowie anspruchsvoller Unterhaltung gemacht werden sollte. Es begann eine TV-Programmgestaltung, die Zuspruch bei der Bevölkerung fand. So sollte auch der Versuch unternommen werden, die Auswirkungen der 11. Tagung des ZK der SED im Jahr 1965, des so genannten Kahl-schlagplenums, auf dem das kurzzeitige (kultur)politische Tauwetter während des NÖS wieder beendet wurde, in der Kultur- und Jugendpolitik der Partei zu überwinden und wieder Vertrauen bei Künstlern, Schriftstellern und Kulturschaffenden zu gewinnen. Paradigmatisch für diesen »kulturpolitischen Kahl-schlag« von damals waren Ausführungen von Erich Honecker, in denen z.B. die kritischen Auffassungen der »Genossin« Christa Wolf, die als Schriftstellerin mit ihren Romanen »Der geteilte Himmel« (1963) und »Nachdenken über Christa T.« (1968) auch eine Reform des Sozialismus befördern wollte, als »Skeptizismus« und »defensive Haltung« abge-tan und gebrandmarkt worden waren. Die Ausweisung Wolf Biermanns aus der DDR zehn Jahre später und ihre Nachwirkungen machten bald sichtbar, dass die Korrektur des 8. Parteitages nur zum Teil gelang und Fehler in der Kulturpolitik ihre Fortsetzung fanden. Gegen Ende der 1970er Jahre setzten insgesamt wieder Einschränkungen ein.

Die Entwicklung eines jeden Staatswesens, ganz besonders aber eine revolutionäre Entwicklung, benötigt nicht nur Bekenntnis, sondern Engagement seiner Menschen. Davon ausgehend ist für alle Bereiche ein übergreifender Fehler in der DDR zu benennen: Allen politischen Entscheidungen und Maßnahmen lag eine falsche bzw. äußerst vereinfachte Vorstellung darüber zugrunde, wodurch das Denken und Handeln von Menschen motiviert wird und folglich beeinflusst werden kann. Diese vereinfachte Vorstellung äußerte sich unter anderem in dem Glauben, dass das notwendige gesellschaftliche Bewusstsein über beschönigende Darstellung in den Medien, über Agitation und Propaganda herstellbar sei. Da sich das durch staatliche Medien vermittelte Bild von der Gesellschaft aber nicht mit den Erfahrungen der Menschen im be-

ruflichen und privaten Alltag deckte, führte das zu einem Autoritätsverlust der politischen Führung und zum Gegenteil der angestrebten Wirkung. (Im Grunde wurde die Marx'sche Grundthese, dass das gesellschaftliche *Sein* das Bewusstsein bestimmt, ignoriert.)

Eine Formel, die sich gegen dieses »medien- und ideologiepolitische« Verfahren richtete, lautete: »Nicht belehrt, informiert wollen wir sein«. Es war eine logische Folge, dass sich die Konflikte zwischen politischer Führung und Bevölkerung besonders zugespitzt im Bereich von Kunst und Kultur austrugen. Da in der Kunst gesellschaftliche Wirklichkeit nicht in Form allgemeiner Begriffe zur Sprache kommt, sondern aus subjektiver Erfahrung und Wahrnehmung hervorgeht und auch nicht zwangsläufig naturalistisch in den Formen des Lebens erscheint, fanden hier die in den staatlichen Medien ausgeblendeten Erscheinungen sowie zugehöriges Problembewusstsein ihren Platz. DDR-Literatur galt einerseits offiziell als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung. Inoffiziell war von der »Ersatzfunktion« der Literatur die Rede (Ersatz für in den Medien öffentlich nicht erörterte Problematiken).

Literatur und Kunst haben ihre spezifische Leistungsfähigkeit als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen bewiesen. Der politische Umgang mit ihr beruhte aber auf einem äußerst verengten Kunstbegriff, der den Künstlern und Schriftstellern illustrierende Bestätigung des offiziellen Bildes von der sozialistischen Gesellschaft abverlangte. Einerseits war in den Verlautbarungen des offiziellen Schriftstellerverbandes von den Entdeckungen durch Literatur die Rede; politisch und ideologisch wurden diese Entdeckungen (und die Entdecker, die Schriftsteller) in ihrem Schaffen immer wieder eingeeengt, wenn sich ihre künstlerischen Wahrnehmungen nicht mit dem



Christa Wolf, Konrad Wolf (l), Hermann Kant (r), 25.11.1965 (Foto: dpa)

politisch offiziellen Bild deckten. Das schuf nicht nur Konfrontationen mit einer wichtigen Gruppe von Schriftstellern und Künstlern, sondern auch mit dem Publikum, das eigene Wahrnehmungen in der Kunst wiederfand. Die politischen Institutionen haben die Chance nicht genutzt, die »Entdeckungen« der Kunst ernst zu nehmen und nach praktisch-politischen Reaktionen darauf, nach Veränderungen in der Lebenswirklichkeit der Menschen zu suchen. Stattdessen haben sie mal mehr, mal weniger politisch restriktiv auf die Entdecker reagiert. Im Politbüro gab es dazu unterschiedliche Positionen, was sich auch nach außen auswirkte und vor allem zu Verunsicherung führte. Selbstverständlich tat die Bundesrepublik alles, um den Konflikt zwischen Schriftstellern, Künstlern, Kulturschaffenden und der Partei öffentlich hochzuspielen. Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre haben namhafte Künstler und Schriftsteller die DDR verlassen.

Naturgemäß spitzte sich der Konflikt bei jüngeren Künstlergenerationen besonders zu. In diesem Zusammenhang ist zur Jugendpolitik insgesamt festzustellen: Nach dem ZK-Beschluss »Der Jugend Verantwortung und Vertrauen« (Jugendkommunique) von 1963, der dem damals erreichten Bildungsstand sowie den Bedürfnissen in der Jugendkultur Rechnung trug, wurde nie wieder ein vergleichbares, dem Entwicklungsstand angemessenes Konzept zur Jugendpolitik beschlossen. Aus den Ergebnissen des soziologischen Instituts für Jugendforschung wurden kaum Schlussfolgerungen gezogen und die wichtige Arbeit des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung unterlag immer wieder politischen Restriktionen.

Modifiziert gilt die Problematik der Kunstpolitik auch für die Gesellschaftswissenschaften. Auch ihnen wurde eine eigenständige Rolle bei der Behandlung aktueller Entwicklungen nur begrenzt zugestanden. Sie agierten in dem Spannungsfeld zwischen der Aufgabe, die Entscheidungen der politischen Führung zu erklären, zu rechtfertigen und dem mehr oder weniger ausgeprägten Bedürfnis, vorausschauend neue Entwicklungen in der Gesellschaft zu diagnostizieren und Gestaltungsvorschläge auszuarbeiten. Ein großes, politisch veranlasstes Defizit bestand in der Beschränkung empirischer soziologischer Untersuchungen bzw. in der Geheimhaltung oder Missachtung empirisch erhobener Daten und Sachverhalte. Ende der 1970er Jahre wurde das Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED aufgelöst. Ohne Wissen über die reale Lage und deren ideelle Reflexion in der ganzen Breite der Bevölkerung, über sozialstrukturellen Wandel, sozialstrukturelle Differenzierung und deren Auswirkungen auf die Gesamtheit der Gesellschaft, ließen sich aber keine wirkungsvollen politischen Entscheidungen für die Weiterentwicklung des Sozialismus treffen. Die Haltung der politischen Führung ist am ehesten mit Ignoranz gegenüber den Veränderungen auf der Subjektebene der Gesellschaft zu kennzeichnen, die immer mit realer Lebenswirklichkeit zu tun hat. Es ist bezeichnend, was beim Zerbrechen der politischen Führungsinstitutionen zum Ende der 1980er Jahre als erstes ausbrach: In allen gesellschaftlichen Bereichen entstanden Initiativgruppen, die für jeweils ihren Bereich Reformprojekte für Veränderungen im Sozialismus ausarbeiteten. Das machte vor allem eines deutlich: Es hatte bis dahin vor allem an Chancen und

sozialen Räumen für Initiativen von unten gefehlt.

Im Umgang mit der wachsenden Anzahl von Anträgen zum Verlassen der DDR ist vor allem ein Fehler zu nennen. Es wurden nicht systematisch und gründlich die Gründe erfragt und analysiert, um an den Ursachen etwas zu verändern. Denn keineswegs für alle galt das Streben nach nur materiell besseren Lebensbedingungen. Bei einem beträchtlichen Teil hatte sich auch eine Distanz zum Sozialismus in der DDR entwickelt, was dann im Herbst 1989 besonders sichtbar wurde.

Fehlende »Perestroika« und die soziale und politische Krise 1989/1990

Mit der Wahl Michail Gorbatschows ergab sich eine Phase mit beachtlichen Widersprüchen. Die »Perestroika« erschien als eine notwendige Herausforderung und fand in der Partei und außerhalb der Partei in der Intelligenz bis hinein in Kirchenkreise Zustimmung. Die Parteiführung der SED, besonders Erich Honecker, ging auf Distanz zur Sowjetunion. Das war zum Teil berechtigt, aber es gab dabei falsche Argumente und falsche Bewertungen der eigenen Lage. Honecker: Wenn die Sowjetunion unseren Lebensstandard erreicht hat, werden wir die Sache mit der »Perestroika« prüfen. Er sagte zwar, die Partei sei für das Volk da, aber dass große Teile des Volkes der Partei nicht mehr folgten, hatte er nicht erkannt. Das Politbüro erhob keine Einsprüche gegen diese Haltung. Es wurde jeder Gedanke an notwendige, den Bedingungen der DDR entsprechende Veränderungen zurückgewiesen.

Ab Mitte der 1980er Jahre beginnt in der BRD die Spekulation über einen Nachfolger für Erich Honecker. Egon Krenz galt in der DDR schon ab Anfang der 1980er Jahre als »Kronprinz«, was der Westen unterstützte. Ab 1986 beginnen neue Spekulationen im Westen und weitere Namen kommen ins Spiel (zum Beispiel Siegfried Lorenz, Günter Kleiber). Ein sowjetischer Diplomat, Valentin Koptelzow, sagte, Gorbatschow würde in Hans Modrow einen Nachfolger sehen, und so wurde ich von Moskau ins Spiel gebracht. Die Parteiführung unter Honecker reagierte darauf mit innerparteilichen Maßnahmen zur Disziplinierung in den Bezirken, besonders gegenüber dem Bezirk Dresden und dessen 1. Sekretär Modrow.

Im Sommer 1989 fällt Honecker durch eine ernste Krankheit aus, die Führung ist völlig kopflos und trifft keine Entscheidungen. Mal leitet Mittag, mal Krenz, aber nichts geschieht. Als Honecker dann Ende September ins politische Geschehen zurückkommt, glaubt er, die internationale Feier zum 40. Jahrestag der DDR werde alle Probleme klären und es könne wie bisher weitergehen. Auch dagegen gibt es keinen Einspruch des Politbüros. Man hoffte, dass die Teilnahme Gorbatschows einen freundschaftlichen Ausgleich bringen würde. Das funktionierte nicht. Gorbatschow zeigt sich nicht als Freund Erich Honeckers und will das Politbüro auf seine Seite bringen. Das gelingt zwar nicht, aber er stärkt die Überzeugung, dass Veränderungen in der DDR nötig sind. Diese Veränderungen werden aber nur als Personalfragen verstanden und darunter in Angriff genommen. Krenz ist der Auffassung: Wenn Erich Honecker zurücktritt, ändert sich die Lage.

Inhaltliche Fragen wurden nicht diskutiert und nicht gearbeitet. Damit konnte kein politisches Vertrauen gewonnen werden und notwendige Veränderungen wurden nicht eingeleitet. Egon Krenz und Willi Stoph strebten nur den Rücktritt Erich Honeckers an. Das Mitglied des Politbüros Alfred Neumann forderte auch die Ablösung von Günter Mittag und Joachim Hermann als den engsten Vertrauten Honeckers.

Die Tagung des ZK am 18. Oktober 1989 leitete eine Zäsur ein, aber zunächst ohne Folgen. Die Konzentration der Macht, Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, ging auf Krenz über. Das ZK bestätigt den Rücktritt Honeckers, wählt Mittag und Hermann ab. Egon Krenz wird als Generalsekretär gewählt mit Empfehlung an die Volkskammer zur Wahl für die beiden weiteren Funktionen. Der Versuch einer Debatte, den Moritz Mebel, Manfred Ewald und Hans Modrow unternahmen, wird abgewiesen. Damit hatte Egon Krenz schon einen großen Vertrauensverlust in der Partei, und das in der Bevölkerung verlorene Vertrauen konnte so nicht wieder gewonnen werden.

Auch wenn hier eine neue Phase mit dem 41. Jahr der DDR beginnt, hatten die Lähmungserscheinungen in der Führung ihre Ursachen im politischen System der DDR, das mit seinem paternalistischen Führungsverständnis eine Öffnung und damit Durchlässigkeit in die reale DDR-Gesellschaft hinein weitgehend unterband. Dieses Merkmal war auch angesichts der enorm angestauten Probleme nicht überwindbar. Der Vertrauensverlust der Partei verlief in großem Tempo und konnte auch von der SED/PDS bzw. PDS bis zur Wahl am 18. März 1990 nicht mehr gestoppt werden. Die Regierung trat mit ihrer Neubildung am 17./18. November 1989 in die staatliche Verantwortung und wurde auch bei der Existenz eines »Zentralen Runden Tisches« zum eigentlichen politischen Zentrum der DDR. Sie gewann Vertrauen in der Bevölkerung, was Umfragen aus dieser Zeit belegen.

Ein »Knackpunkt« dieser Phase war das Ministerium für Staatssicherheit bzw. dann das Amt für Nationale Sicherheit. Eine kritische Betrachtung meines Verhaltens begleitet mich noch immer. Natürlich könnte ich darauf verweisen, dass es in der Geschichte wohl keinen Regierungschef gegeben hat, der seinen eigenen Sicherheitsdienst aufgelöst hat. Als ich mich für die Auflösung entschied, schien es mir notwendig, den Prozess so zu gestalten, dass es keine pauschale Verurteilung und spontane Verfolgung geben darf. Die hätte auch unberechenbare Gegenwehr auslösen können. Die innere Stabilität der DDR war die Voraussetzung, um z.B. auch keine Situation entstehen zu lassen, in der die sowjetischen Truppen, die noch immer besondere Rechte als Besatzungsmacht besaßen, hätten eingreifen müssen. Zwischen der Absicht, jeglichen Waffengebrauch zu verhindern und der Sorge vor massiven Provokationen verlief ein schmaler Korridor.

Im Oktober 1989 und der Folgezeit war alles politische Handeln aufgrund der komplexen Vorgeschichte den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen. Der kleinen politischen Opposition wurde insofern der Masseneinfluss überlassen, weil sie Stimmung und Meinung der Massen artikulierte. In Leipzig gab es wöchentlich Demonstrationen. Am 4. November 1989

kam es zu einer Großkundgebung in Berlin mit widersprüchlichem Charakter. Es waren keine Feinde der DDR, die hier auftraten, und sie verwahrten sich auch zu Recht dagegen, als solche abgestempelt zu werden. Theaterschaffende, Schriftsteller und Vertreter der Intelligenz forderten die in der Verfassung der DDR garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Sie wollten nicht ständig bevormundet sein. Über die reale Lage in Wirtschaft und Gesellschaft sollte offen gesprochen werden. Die Führungsrolle der SED wurde angesichts ihrer Selbstisolierung in Frage gestellt.

In der Zeit bis zum 8. November, der 1. ZK-Tagung unter Egon Krenz, wird nichts unternommen, um erste Schritte für Veränderungen und Rückgewinnung von Vertrauen einzuleiten. Die älteste Gruppe im Politbüro tritt zurück und die anderen Mitglieder werden von Egon Krenz zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit vorgeschlagen. Da die gesamte Regierung am 7. November unter dem Druck vieler Gliederungen der Partei und der Straße zurücktreten muss, kann Willi Stoph nicht länger Ministerpräsident sein. Egon Krenz möchte Siegfried Lorenz, Mitglied des Politbüros, als Nachfolger Stophs. Lorenz lehnt ab. Wolfgang Junker und Alexander Schalck-Golodkowski lehnen ebenfalls ab. Hans Modrow wird die vierte Wahl, ist aber bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Am 8. November wird der Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Die Versäumnisse zwischen dem 18. Oktober und dem 8. November nehmen Egon Krenz alle Handlungsmöglichkeiten aus der Hand.

Am 9. November steht die DDR am Rande einer Katastrophe. Günter Schabowski soll auf einer Pressekonferenz über künftige Regelungen für den Grenzübergang nach Westberlin und zur BRD informieren. Er erklärt aber, die Grenze sei ab sofort geöffnet. Die Grenztruppen der Armee und die Sicherheitskräfte sind darüber nicht informiert und völlig unvorbereitet. Die »Mauer« fällt, aber es fällt auch kein Schuss. Die militärischen Kommandos an der Grenze handeln eigenständig, vermeiden ein Blutvergießen und gewähren den zu Tausenden an die Grenzübergänge in Berlin strömenden Menschen Durchgang. Ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung läuft spontan ab, die Führung wird von den Ereignissen überrannt. Auch wenn die Sowjetunion mit ihren Rechten als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges nicht informiert wurde, stimmt Gorbatschow den Maßnahmen am nächsten Tag zu.

SED – Runder Tisch – PDS

Egon Krenz hat vor zehn Jahren ein Buch über den Herbst 1989 geschrieben. Einige könnten es kennen. Es liest sich über weite Strecken wie ein Kriminalroman, was ich hier ohne Abwertung feststelle. Es enthält jedoch leider keine Analyse der jeweiligen Lage, entspricht zum großen Teil nicht den Abläufen der Ereignisse und stimmt in vielen Angaben nicht mit den Fakten überein. Die Novembertagung des ZK hatte eine neue Führung gewählt und Egon Krenz noch einmal bestätigt. Aber die Partei war im Prozess ihres Zerfalls und die Parteiführung hatte die Fähigkeit zur Führung der Partei und zur Orientierung der staatlichen Leitung völlig verloren. Die Op-

position und auch die Kräfte der Kirche erkannten die Lage. Ende November leiteten sie die Gründung eines »Runden Tisches« ein. Erfahrungen Polens standen dabei Pate. Die Spezifik des Runden Tisches in der DDR bestand in einer Zweiteilung. Es saßen sich fünf etablierte Regierungsparteien und neun Parteien bzw. Gruppen der Opposition gegenüber. Außerdem waren Vertreter der Gewerkschaften und des Bauernverbandes vertreten. Die Moderation, besser: die Leitung lag bei den drei Kirchen.

In der SED wiederum verstärkt sich der Zerfall und aus den Bezirken kommt die Forderung nach Rücktritt des ZK. Am 3. Dezember tritt das ZK zurück und es erfolgen Ausschlüsse führender Genossen, auch der Generalsekretär wird ausgeschlossen. Ein außerordentlicher Parteitag soll die Reste der Partei retten, was nach heftiger, widersprüchlicher Debatte auch noch gelingt. Von den 2,3 Mio. Mitgliedern waren weniger als 1 Mio. verblieben. Eine Auflösung der SED und die Gründung einer neuen Partei wird abgelehnt. *Gregor Gysi* argumentiert dafür als Rechtsanwalt: Das Eigentum der Partei muss erhalten bleiben. *Modrow* argumentiert politisch: Löst sich die Partei auf, verliert die Regierung das Recht auf die Fortsetzung ihrer Tätigkeit. Die Folgen für das Land sind unabsehbar. In einer dramatischen Nachtsitzung wird die weitere Existenz der Partei als SED/PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) beschlossen. *Krenz* hat die Funktion des Generalsekretärs am 3. Oktober verloren, er kann nicht mehr an der Spitze des Staatsrates verbleiben und wird am 7. Dezember abgewählt.

»Wir sind das Volk« – »Wir sind ein Volk«

Nach innen und außen ist Anfang Dezember 1989 eine neue Lage entstanden. Auf Malta treffen sich *George Bush sen.* und *Michael Gorbatschow* am 2./3. Dezember. *Bush* stellt die deutsche Frage, *Gorbatschow* ist unvorbereitet. Am 4. Dezember tagt das politische Organ des Warschauer Vertrages. *Krenz* nimmt daran noch teil. Wieder zeigt sich *Gorbatschow* unfähig, einem solchen Treffen noch politische Impulse zu geben. Die internationalen Ereignisse überschlagen sich. *Gorbatschow* hat noch ein Treffen mit *François Mitterrand* am 5. Dezember in Kiew. *Mitterrand* fordert *Gorbatschow* auf, mit ihm nach Berlin zu fliegen und die Regierung *Modrow* zu stärken. *Gorbatschow* lehnt dies ab. Die drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beginnen zu sondieren. Am 15. Dezember führt *Modrow* ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister *James Baker*. Beide erklären vor der Presse, die Kontakte werden fortgesetzt. Am 21./22. Dezember besucht der französische Präsident *Mitterrand* die DDR, führt auch ein Gespräch mit *Modrow*. Beide erklären, dass die deutschen Angelegenheiten nur im europäischen Rahmen geklärt werden können. Der britische Außenminister *Hurt* ist am 14. Januar zum Gespräch in Berlin, bezieht aber keine klare Position mehr. Am 30. Januar gibt es ein Treffen in der sowjetischen Führung zwischen *Gorbatschow* und *Modrow*. *Gorbatschow* hatte am 26. Januar eine interne Deutschland-Beratung mit seinen Experten. Sie sind sich mehrheitlich einig, alle Kontakte auf

die BRD auszurichten. Gespräche mit der DDR haben nur noch formalen Charakter. Lediglich *Valentin Falin*, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, will die weitere Einbeziehung der DDR und die Gewährleistung ihrer Interessen.

Die innere Situation in der DDR verändert sich mit Beginn 1990 entschieden. War die Losung im Herbst 1989 »Wir sind das Volk«, lautete sie jetzt »Wir sind ein Volk«. Um dieser Entwicklung die spontane Kraft zu nehmen, wurde von der Regierung der DDR eine längerfristige Konzeption zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten ausgearbeitet. Am 30. Januar stimmte die sowjetische Führung dem zu und wir einigten uns, dass es für das vereinigte Deutschland eine militärische Neutralität geben müsse. Die USA starteten sofort Gegenaktionen. Am 8./9. Februar ist der US-Außenminister *Baker* in Moskau. *Gorbatschow* hebt die Forderung nach Neutralität für Deutschland auf, die USA sind und bleiben in der Offensive.

Auf dem Gebiet der DDR sind zu diesem Zeitpunkt noch 350.000 Soldaten plus Familien der Offiziere stationiert, d.h. ca. 500.000 sowjetische Bürger. Es muss alles getan werden, um Gewalt und Konflikte mit der sowjetischen Armee zu verhindern. Jeder innere Konflikt kann zu einem militärischen Konflikt und zu einer Einmischung der NATO führen.

Das Ende der Regierung Modrow

Am 29. Januar gelingt es mit dem Runden Tisch die Bildung einer »Regierung der nationalen Verantwortung« zu vereinbaren. Gehörten der »Großen Koalition« unter *Modrow* bisher fünf Parteien an, wurde die Regierung nun um acht Vertreter der Opposition erweitert. Die wichtigste Aufgabe war nun, noch so viele Gesetze wie möglich zu erlassen, um Rechte der DDR-Bürger zu sichern. An erster Stelle stand die Sicherung der Bodenreform, damit die Bauern ihr Land behalten konnten. Die Regierung *Modrow* hatte bis zum 18. März 1990 den Charakter einer Übergangsregierung, die ohne Unterstützung der Sowjetunion, gestützt nur auf die eigene Kraft, die Souveränität der DDR gesichert hat. Die Wahlen am 18. März brachten der CDU den Sieg. Sie hatte sich im Wahlkampf für einen schnellen Beitritt der DDR zur BRD ausgesprochen und sich selbst schon völlig *Helmut Kohl* untergeordnet. Die PDS erhielt noch 16% der Stimmen. Die neue Regierung, eine Koalition aus CDU und SPD, leitete die Übergabe der DDR in Form des Anschlusses an die BRD ein. Deutschland blieb ohne einen Friedensvertrag nach 1945. An seine Stelle ist der 2+4-Vertrag getreten, der den Abzug der sowjetischen Truppen festlegt und das vereinte Deutschland fest in die NATO einbindet.

Was oft unbeachtet bleibt, ist die Tatsache, dass der Übergang der DDR auch eine beschleunigende Wirkung auf das Ende der Sowjetunion hatte. Die DDR stand im Kalten Krieg an der Nahtstelle zwischen Warschauer Vertrag und NATO und war wichtigster Handelspartner der UdSSR.